



Presseinformation

Nr. 083/2004

Kiel, Montag, 8. März 2004

Bildungspolitik/Schulsystem

Ekkehard Klug: FDP sieht in der Bildungspolitik Gegensätze nicht nur zu Rot-Grün, sondern auch zur CDU

**- „Technokratische Illusionen bringen die Bildung nicht weiter – weder
in der rot-grünen noch in der schwarzen Variante“ -**

Nach den „Strategiegipfel“-Erklärungen der Landes-CDU und dem SPD-Parteitag vom Wochenende sehen die schleswig-holsteinischen Liberalen Gegensätze nicht nur zu bildungspolitischen Vorstellungen von Rot-Grün, sondern zunehmend auch zu jenen der Union. Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**, kritisierte vor allem die Fixierung von SPD, Grünen und CDU auf „technokratische Organisationsveränderungen im Bildungssystem“. Während die SPD gemeinsam mit den GRÜNEN das Heil in der zehnjährigen Einheitsschule suche, habe die Union in ihrem „Strategiegipfel“-Papier ebenfalls nur neue organisatorische Regelungen vorgeschlagen. Beides nähere „technokratische Illusionen“, ohne das Bildungsangebot zu verbessern. Die Bildungspolitik brauche einen Paradigmenwechsel im Sinne des Leitsatzes: „Die Inhalte der Bildung sind hundertmal wichtiger als die Frage, wie man das Bildungswesen bloß anders organisiert“, stellte Klug fest.

„Wenn es nach den Sozialdemokraten geht, wird das Bildungsniveau weiter nach unten geschraubt. Das neue Bildungspapier der Landes-SPD ist eine aufgewärmte Version alter Schulstrukturdebatten. Wie schizophren die Sozialdemokraten dabei vorgehen, zeigt der Blick in den beschlossenen Leitantrag: Erst werden dort die Gymnasien des Landes für ihre Spitzenplätze im deutschen PISA-Ländervergleich gelobt, dann jedoch folgt der Ruf nach, längerem gemeinsamen Lernen'. Die SPD proklamiert damit als Langfristziel ihrer Bildungspolitik nichts anderes als die Zerstörung der Gymnasien.

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

Statt im Schulbereich dort anzusetzen, wo durch gezielte Förderkonzepte die erkennbaren Schwächen ausgeräumt werden könnten, schreibt die SPD nun auch noch den Verbrauch der letzten Qualitätsreserven auf ihre Fahnen.

Entgegen den falschen Annahmen, die dem SPD-Leitantrag zugrunde liegen, lässt sich aus PISA im europäischen Vergleich kein Argument für bestimmte Schulstrukturen ableiten: Langen gemeinsamen Unterricht im Ganztagsbetrieb hat nämlich das PISA-Schlusslicht Luxemburg ebenso aufzuweisen wie skandinavische Staaten aus der PISA-Spitzengruppe.“

Pädagogische Inhalte wichtiger als die Organisationsform der Schule

Als Beispiel für dringenden inhaltlichen Handlungsbedarf nannte der FDP-Bildungsexperte die Vermittlung ausreichender Deutschkenntnisse bereits vor der Einschulung. Solange ein Teil der Schüler die Unterrichtssprache Deutsch nicht beherrsche, schade dies sowohl den Bildungs- und Lebenschancen dieser Kinder als auch den Unterrichtsbedingungen für die Mehrzahl der übrigen Schüler. Deshalb sollten Fünfjährige, bei denen durch einen Sprachtest ein entsprechender Bedarf festgestellt werde, künftig ein Vorschuljahr zum kindgerechten Erlernen der deutschen Sprache besuchen. „Ohne die frühzeitige Verankerung der Unterrichtssprache Deutsch kann die Sicherung von Bildungschancen nicht gelingen. Und ohne eine solche Reform wird die Gesellschaft weiter mit unnötigem Schulversagen und mit den daraus resultierenden sozialen Folgen belastet“, meinte Klug. Die von der CDU erwogene generelle Absenkung des Einschulungsalters auf 5 Jahre sei demgegenüber eine „Pseudo-Reform“, die den Grundschulen nur noch größere Probleme beschere, anstatt ihre Bildungsaufgabe zu fördern.

Ganztagsangebote auf freiwilliger Basis

Als ein weiteres Beispiel für seine Forderung nach einem „Vorrang der sinnvollen pädagogischen Inhalte“ nannte Klug die Frage, wie Ganztagschulen gestaltet werden sollten. Die FDP sehe für solche Angebote steigenden Bedarf, wolle Ganztagschulen aber nur auf freiwilliger Basis einführen. Eltern, die für ihre Kinder ein solches Angebot nicht wünschten, müssten die Freiheit behalten, sich auch dagegen entscheiden zu können. Das CDU-Modell schließe eine solche Wahlfreiheit aber definitiv aus: Indem die Union „im großen Umfang Unterrichtselemente“ (Zitat aus dem „Strategiepapier“) in den Nachmittag einbeziehen und hierfür auch die Lehrer ganztägig einsetzen wolle, erhalte jeder Schüler, der die Schule nur halbtags besuchen würde, dann logischerweise auch nur eine „halbierte Unterrichtsversorgung“. Das Prinzip der Freiwilligkeit lasse sich - so Klug - nur dann aufrechterhalten, wenn Schulunterricht in der Regel nur bis zum Mittag stattfinde - und nicht ständig in großem Umfang auch am Nachmittag. Neben einem Mittagstisch und einer Hausaufgabenbetreuung sollen Ganztagsangebote nach Auffassung der Liberalen vor allem darauf ausgerichtet sein, den Schülern am Nachmittag frei von lehrplan- und prüfungsbezogenem Unterrichtsstoff pädagogisch wertvolle Erfahrungsbereiche zu erschließen. Wahlweise könnten daran auch Sportvereine, Jugendverbände oder andere Träger mitwirken. „Ein Angebot an pädagogisch sinnvollen gemeinsamen Aktivitäten fördert die Persönlichkeitsentwicklung der Schüler und stärkt ihren Gemeinsinn. Indem es auf diese Weise Verhaltensproblemen entgegenwirkt, verbessert es auch die Rahmenbedingungen für den Unterricht“, betonte der FDP-Abgeordnete abschließend.